

1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Dresden
2 Beschluss des Stadtparteitages vom 27.10.2018

3
4 **Demokratisch Haltung zeigen, Integration gestalten,**
5 **Zivilgesellschaft stärken - für ein friedliches Zusammenleben in**
6 **Dresden**

7
8
9 Dresden ist eine Stadt mit außergewöhnlich hoher Lebensqualität. Wir GRÜNEN haben gemeinsam mit
10 der Kooperation im Stadtrat die Voraussetzungen dafür geschaffen, Dresden zukunftsfähig zu machen.
11 In Dresden sollen sich alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion, ihrer
12 sexuellen Orientierung oder ihrem sozialen Status, wohl fühlen und entfalten können.

13
14 **Dresden ist eine vielfältige und multikulturelle Stadt**

15 Wir leben in einer vielfältigen und zunehmend multikulturellen Stadt, die sich fortwährend verändert.
16 Ob geflüchtete Menschen, Studierende, hier Arbeitende, EU-Bürger*innen, Aussiedler oder ausländische
17 Touristen – sie alle sind mit ihrer Kultur, mit ihren Erfahrungen und ihren Betrachtungsweisen eine
18 Bereicherung. Dementsprechend gilt es, die Bedingungen in Dresden so zu gestalten, dass Menschen
19 mit Migrationsgeschichte, unabhängig ihres sozialen Status oder ihrer aktuellen rechtlichen
20 Bleibeperspektive sich hier wohl fühlen und entfalten können. Der Hochschulstandort Dresden,
21 Forschungszentren wie das Max-Planck-Institut und internationale Firmen machen Dresden attraktiv
22 für Menschen aus aller Welt. In unserer Stadt lebten zum 31.12.2017 63.051 Menschen mit
23 Migrationsgeschichte, das entsprach zu diesem Zeitpunkt 11,3 Prozent der Einwohner*innen unserer
24 Stadt. Davon waren 41.154 Menschen Ausländer*innen, was einem Anteil von 7,39 an der
25 Gesamtbevölkerung entspricht. Von den ausländischen Dresdner*innen sind ca. 27 Prozent EU-
26 Bürger*innen. Die Zahl der Geflüchteten ist vergleichsweise niedrig mit 9.456 (Stand April 2018).
27 Einige Menschen kommen gerade erst in unserer Stadt an, andere wollen eine begrenzte Zeit bei uns
28 bleiben und wieder andere leben bereits in der zweiten und dritten Generation hier. Migrationspolitik
29 kann deshalb nicht auf Asylpolitik reduziert werden.

30
31 **Feinde der Demokratie und Ignoranz gefährden das friedliche Zusammenleben**

32 Die zentralen Aufgaben und Herausforderungen von Migrations- und Integrationspolitik drohen in der
33 zunehmend nationalistischen, egoistischen und rassistischen Stimmung unterzugehen. Die

34 rechtsradikale AfD stellt Grundrechte unserer Verfassung in Frage und spielt Menschen gezielt
35 gegeneinander aus. CSU- Bundesinnenminister Horst Seehofer und die CDU in Sachsen konzentrieren
36 sich auf vorzugsweise gegen Migrant*innen gerichtete Symbolpolitik und repressive Maßnahmen, wie
37 Abschiebungen, Ankerzentren und Grenzkontrollen. Auch die Dresdner CDU hat gezeigt, dass sie
38 aufgrund ihrer fortwährenden Offenheit gegenüber der AfD, aber auch durch ihr
39 (Abstimmungs-)Verhalten im Stadtrat als Teil des Problems betrachtet werden muss. Die nur gering
40 ausgeprägte Gegenwehr gegen die Vereinnahmung Dresdens durch PEGIDA hat mit dazu beigetragen,
41 unsere Stadt zu einem deutschlandweiten Treffpunkt für die extreme Rechte und zu einem
42 Experimentierfeld für neue öffentlichkeitswirksame Aktionen - wie zuletzt auf der Cockerwiese - zu
43 machen. Die AfD sucht in der Öffentlichkeit den Schulterchluss mit radikalen antidemokratischen
44 Bewegungen und Strömungen und schreckt auch vor neonazistischen Terrorgruppierungen nicht
45 zurück, wie jeden Montag in Dresden zu beobachten ist und sich zuletzt auch in Chemnitz deutlich
46 gezeigt hat. Das rechtsextreme Demonstrationsgeschehen bleibt konstant hoch. Dresden ist Hochburg
47 rechter Straftaten sowie rassistischer und fremdenfeindlicher Übergriffe. Die sogenannte "Neue
48 Rechte" kann in Dresden auf eine Vielzahl von Immobilien zugreifen. Einige Vermieter*innen in der
49 Stadt wie Buchhäuser, Hotels, Gaststätten und Mietlounges stellen in aller Regel bereitwillig ihre
50 Räumlichkeiten für Veranstaltungen dieser Akteur*innen zur Verfügung. Über Verflechtungen mit
51 studentischen Verbindungen stehen gerade im Dresdner Süden weitere Räumlichkeiten bereit und
52 wird versucht, auf universitäre Strukturen Zugriff zu erhalten.

53

54 **Integration in der Kommune aktiv gestalten**

55 Kommunen haben eine besonders große Verantwortung bei der Gestaltung von Integration, denn
56 Integrationspolitik wird da erfahrbar, wo man lebt. Unsere Integrationspolitik verfolgt das Ziel, den zu
57 uns kommenden Menschen ein Leben in Würde und Selbstbestimmung zu ermöglichen. Die Basis aller
58 Integrationsbemühungen sind die Werte des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Die
59 Teilhabe aller am sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben Dresdens ist für uns GRÜNE eine
60 zentrale Herausforderung. Ziel ist es, den zugewanderten Menschen eine eigenständige Existenz
61 unabhängig von staatlichen Transferleistungen zu ermöglichen und sie zu ermutigen, am
62 gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und es aktiv mitzugestalten. Dazu müssen diese Menschen
63 frühestmöglich Zugang zu den bestehenden Regelsystemen frühkindlicher Bildung, schulischer
64 Bildung und beruflicher Bildung erhalten. Perspektivlosigkeit ist der größte Gegner von Integration!
65 Wir GRÜNEN sind überzeugt, dass Integrationspolitik Menschen mit geringer, unklarer oder ohne
66 Bleibeperspektive nicht ausschließen darf. Solange diese Menschen bei uns leben, müssen auch sie

67 Unterstützungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten erhalten, denn jede Form der Qualifizierung erhöht
68 die Chancen, die eigene Lebensperspektive zu verbessern, ganz gleich, ob während ihrer Zeit in
69 Dresden oder auch nach ihrer Rückkehr in die Heimat. Integrationshemmnisse, wie z.B.
70 Abschiebegefängnisse und sogenannte Ankerzentren oder Kriminalisierungs- bzw.
71 Stigmatisierungsversuche lehnen wir Dresdner GRÜNEN ab. Kinderrechte und der Schutz des
72 Kindeswohls müssen auch im Asylverfahren oberste Priorität haben. Die Rechte der UN-
73 Kinderrechtskonvention stehen jedem Kind zu. Das haben wir in der Vergangenheit mit einer Vielzahl
74 von Beschlüssen vom Freistaat Sachsen eingefordert, der derzeit zwei Erstaufnahmeeinrichtungen auf
75 städtischem Gebiet betreibt. Wir unterstützen das Anliegen der Seenotrettung und befürworten, dass
76 die Stadt Dresden aus Seenot gerettete Personen aufnimmt.

77

78 Auf uns GRÜNE kommt es an, wir sind weiterhin treibende Kraft in der Integrationspolitik in Dresden.
79 Wir haben klare Vorstellungen wie Integration gestaltet werden kann und wie wir das friedliche
80 Zusammenleben in unserer Stadt verteidigen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich auch weiterhin
81 mit ganzer Kraft für ein Klima der Offenheit und gegenseitigen Achtung ein, das Fremdenhass und
82 Rassismus keinen Platz bietet. Mit diesen Zielen treten wir zur Kommunalwahl im Mai 2019 an.

83

84 **1. Begegnung fördern und die interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung kritisch begleiten**

85 Wir GRÜNEN wollen durch Begegnung das friedliche Zusammenleben fördern. Bereits Bewährtes
86 wollen wir fortsetzen wie die Unterstützung weiterer internationaler Gemeinschaftsgartenprojekte
87 auf städtischen Flächen und den Ausbau interkultureller und internationaler Kunstprojekte im
88 öffentlichen Raum. Weil Sport verbindet, wollen wir über die Sportförderrichtlinie der Stadt
89 zusätzliche Anreize für Dresdner Sportvereine setzen, sich für Migrant*innen zu öffnen. So prüfen wir
90 eine gezielte Förderung der Übungsleiter-Ausbildung von Migrant*innen. Durch den Einsatz von
91 Kulturdolmetscher*innen bei städtischen Regelangeboten wollen wir Brücken zwischen verschiedenen
92 Kulturen bauen und das Miteinander in Kitas und Schulen stärken. Die Gründung eines
93 Interkulturellen Zentrums wollen wir mit städtischer Unterstützung ermöglichen und somit dem
94 Anliegen Dresdner Initiativen, wie z.B. Elixir e.V., eine Chance geben, ihre Visionen für Begegnung zu
95 verwirklichen. Darüber hinaus sollen Begegnungsangebote für Migrant*innen und Nichtmigrant*innen
96 in den Stadtteilen gezielt ausgebaut werden.

97 Durch die Stadtverwaltung muss ein Kurswechsel hin zum „Möglich-machen“ erfolgen. Bürokratische
98 Hürden, die Integration erschweren, müssen abgebaut werden. Das gelingt nur, wenn die
99 interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung in allen Bereichen als eine wichtige Aufgabe verstanden

100 wird. Wir setzen uns mit aller Kraft für die interkulturelle Öffnung der Verwaltung, kommunaler
101 Einrichtungen und der Eigenbetriebe ein. Oberste Priorität hat dabei das Bürgeramt, dem auch die
102 Ausländerbehörde zugeordnet ist. Erste ganz einfache Schritte sind mehrsprachige
103 Informationsmaterialien, die Entbürokratisierung von Antragsverfahren und den Ausbau der einfachen
104 Sprache bei Publikationen und Antragsformularen. Die Beteiligungsprozesse für Zugewanderte bei
105 kommunalen Entscheidungen müssen ausgebaut werden, das betrifft Planungen, Vorhaben und
106 Veranstaltungen. Es gilt aber auch die allgemeinen politischen Beteiligungsmöglichkeiten endlich
107 grundlegend zu verbessern. Daher setzen wir GRÜNEN uns weiterhin auf allen Ebenen für das aktive
108 und passive Wahlrecht für AusländerInnen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene ein. So lange
109 dieses nicht erreicht ist, sind die Rechte und Möglichkeiten des als Interessenvertretung der
110 Migrant*innen in Dresden gewählten Ausländer- und Integrationsbeirates zu stärken. Seine
111 Zuständigkeit ist auch satzungsgemäß auf die Probleme anderer Zuwanderungsgruppen unabhängig
112 von ihrer Staatsangehörigkeit auszuweiten.

113 Wir fordern den Beitritt Dresdens zur Charta der Vielfalt mit dem Ziel, das
114 Personalentwicklungskonzept zu aktualisieren und dabei auch eine Strategie zur Ansprache und
115 Gewinnung von qualifizierten Migrantinnen und Migranten in städtischen Betrieben und der
116 Stadtverwaltung zu erarbeiten und umzusetzen. Wir regen an, auch in Dresden eine
117 Antidiskriminierungsklausel für Gewerbe sowie Leitlinien für die Wohnungswirtschaft zu erarbeiten,
118 die an einen diskriminierungsfreien Gewerbebetrieb appelliert und auf die möglichen Konsequenzen
119 von Diskriminierung hinweist. Bei Vermittlung, Vermietung oder Verkauf von Wohnungen sollen
120 Menschen ohne Vorurteile bei der Auswahl berücksichtigt werden. Menschen mit unterschiedlichen
121 Wohn- und Lebensweisen sollen durch die Stadtverwaltung unterstützt werden, damit sie Formen des
122 Zusammenlebens finden, bei denen auf Mentalität, Kultur und Sprache wechselseitig Rücksicht
123 genommen wird. Dabei soll auf die Lebensgewohnheiten der bereits ansässigen Bewohner*innen
124 eingegangen werden. Gleichzeitig ist durch die städtischen Dienststellen eine Unterstützungsstruktur
125 aufzubauen, die von der Schaffung von Anlaufstellen für Ratsuchende bis hin zum Angebot
126 interkultureller Mediation bei Konflikten reicht.

127

128 **2. Integration von Anfang an - Angebote für Kinder und Jugendliche ausbauen**

129 Wir wollen Angebote der mobilen Jugendarbeit für junge Menschen mit Migrationsgeschichte
130 fortführen und Angebote in Jugendclubs/-treffs, die Migrant*innencommunities erreichen, weiter
131 fördern. Die Schulstandorte mit DAZ-Klassen (Deutsch als Zweitsprache) wollen wir ausweiten, so dass
132 der Anteil an DAZ-Schüler*innen pro Schule nicht mehr als 20 Prozent ausmacht und die vielfältigen

133 Aufgaben der Integration bewältigt werden können. In Stadtteilen mit einem vergleichbar höherem
134 Anteil an Kindern mit Migrationsgeschichte sind Strategien zu entwickeln, die zu einer
135 gleichmäßigeren Verteilung an den dortigen Kitas und Schulen führen. Die Unterstützung der Schulen
136 muss strukturell aber auch grundsätzlich verbessert werden. Unser Ziel ist es, für Schulen ein Angebot
137 bereitzuhalten, das ihnen die Möglichkeit bietet, unkompliziert und zeitnah spezifische/
138 bedarfsorientierte Weiterbildungen, wenn notwendig Supervisionen oder auch fachlich versierte
139 Übersetzer zu nutzen.

140 Das lokale Handlungsprogramm „Aufwachsen in sozialer Verantwortung“ an Kitas und in Horten mit
141 einem hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund soll ausgebaut werden. Neue Angebote
142 der Nachhilfe und die an vielen Schulen entstandenen interkulturellen Projekte wollen wir mit
143 städtischen Mitteln fördern. Sie sollen allen Schüler*innen offen stehen. Für junge Menschen mit
144 Fluchterfahrung wollen wir Kulturmittler*innen ausbilden und städtisch fördern, um die Wirksamkeit
145 der Hilfen zur Erziehung zu erhöhen.

146

147 **3. Potenziale für den Arbeitsmarkt nutzen, neue Fachkräfte gewinnen**

148 Wir benötigen mehr Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote für Geflüchtete und eine
149 Verstärkung der Eingliederungshilfen. Dafür ist das Programm zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit
150 ein wichtiges Instrument. Wir wollen spezielle Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote für junge
151 Geflüchtete entwickeln. Frauen mit Migrationshintergrund soll der Zugang zum Arbeitsmarkt
152 erleichtert werden, indem berufsqualifizierende Sprachkurse für Frauen über
153 Arbeitsmarktmentor*innen gezielt beworben werden und bei Bedarf eine Kinderbetreuung
154 sichergestellt wird und die Qualifizierungsangebote im Jobcenter ausgebaut werden. In
155 Zusammenarbeit mit den Fraueninitiativen und -netzwerken soll die Stadt ein Programm starten, das
156 Frauen mit Migrationshintergrund darin fördert, ihre Erfolge zu teilen, andere Frauen zu bestärken
157 sowie ihnen beratend und begleitend zur Seite zu stehen. Darüber hinaus braucht Dresden eine
158 städtische Initiative zur Gewinnung neuer Fachkräfte gemeinsam mit Dresdner Handelsunternehmen,
159 Handwerk und Industrie. Die Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten im öffentlichen Sektor müssen
160 ausgebaut werden.

161

162 **4. Zivilgesellschaft stärken - Ehrenamtliche in ihrer Arbeit aktiv unterstützen**

163 Dresden braucht eine aktive Zivilgesellschaft und ein starkes demokratisches Bündnis. Wir möchten in
164 Dresden eine dauerhafte Anerkennungs- und Würdigungskultur etablieren, die Mut macht und
165 motiviert, sich zu engagieren. Darüber hinaus sollen auch Sachleistungen zur Verfügung gestellt und

166 die finanzielle Unterstützung ausgebaut werden, die kontinuierliches ehrenamtliches und
167 gemeinnütziges Engagement honoriert. Insbesondere in Zeiten, in denen Politiker*innen
168 zivilgesellschaftliches Engagement diffamieren, wollen wir Haltung zeigen und Initiativen sowie
169 Nachbarschaftsnetzwerken den Rücken stärken. Das Lokale Handlungsprogramm „Demokratie leben“
170 (LHP) unterstützt vielfältige Projekte und muss weiter ausgebaut werden. Wir wollen die
171 Ehrenamtskoordination für die Flüchtlingshilfe im Sozialamt weiter fördern, mit dem Ziel, Engagierte
172 in ihrer Arbeit zu unterstützen. In Dresden gibt es viele Möglichkeiten, sich zu engagieren: In
173 Sportvereinen, bei der Begleitung von Kindern, Familien und älteren Menschen, in
174 Gemeinschaftsgärten, für den Naturschutz und eine saubere Stadt, in der freiwilligen Feuerwehr, in
175 Tierheimen. Wir wollen auch mehr Migrant*innen dafür gewinnen, ehrenamtlich tätig zu sein,
176 Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund schaffen und Interessierte an Vereine oder zu
177 Projekten vermitteln.

178

179 **5. Keine Toleranz für Intoleranz und Gewalt - Opfer schützen**

180 Erste Bedingung für ein friedliches Miteinander ist Gewaltfreiheit. Wir sind überzeugt, die Stadt muss
181 mehr als bisher mit den verschiedenen Glaubensgemeinschaften ins Gespräch kommen und in einem
182 gut organisierten Dialog auch die Notwendigkeit neuer Angebote für Migrant*innen prüfen. Wir wollen
183 mit städtischen Mitteln Projekte fördern, die Reflektionsräume für individuelle Werte schaffen und
184 Konflikten vorbeugen sollen, die auf Grundlage eines anderen Kulturverständnisses geprägt worden
185 sind. Präventionsangebote, die für Radikalisierung im religiösen Kontext sensibilisieren und diesen ggf.
186 entgegenwirken, müssen ausgebaut werden. Es braucht eine fortlaufende Neubewertung der
187 städtischen Zusammenarbeit mit Glaubensgemeinschaften, die sich ausschließlich über Gelder anderer
188 Staaten finanzieren und die Werte des Grundgesetzes in ihrer Glaubensarbeit missachten bzw. infrage
189 stellen. Jeglicher Form von Antisemitismus wollen wir durch städtische Bildungsarbeit und vielfältige
190 Zugänge zu Erinnerungskultur für verschiedene Altersgruppen gezielt entgegenwirken.

191 Kriminalität wird in hohem Maße durch Perspektivlosigkeit befördert. Dies ist bei Menschen mit
192 Migrationsgeschichte nicht anders als bei Menschen ohne. Wir sprechen uns dafür aus, dass
193 Menschen, die aktuell keine Bleibeperspektive in Deutschland haben,; mindestens Zugang zu Sprach-
194 und Integrationskursen, aber auch Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten bekommen sollen, um dem
195 Abrutschen in die Kriminalität möglichst vorzubeugen. Die zentrale Unterbringung in
196 Massenunterkünften muss unter Ausnutzung aller städtischen Regelungsmöglichkeiten durch
197 dezentrales Wohnen ersetzt werden. Neben den notwendigen repressiven Maßnahmen bei der
198 Kriminalitätsprävention stellen auch von der rot-grün-roten Kooperation beschlossene Maßnahmen

199 wie der Ausbau der mobilen Angebote der Jugend- und Straßensozialarbeit und die Umgestaltung
200 öffentlicher Plätze wichtige Ansätze dar. Racial Profiling, also das Heranziehen des physischen
201 Erscheinungsbildes einer Person wie etwa Hautfarbe oder Gesichtszüge als Entscheidungsgrundlage
202 für polizeiliche Maßnahmen oder Maßnahmen des Gemeindlichen Vollzugsdienstes ist eine nicht zu
203 duldende Diskriminierung. Polizei und Gemeindlicher Vollzugsdienst sind diesbezüglich u.a. durch
204 spezifische Weiterbildungen und reflektierende Gespräche mit Betroffenen zu sensibilisieren. Das
205 Lokale Handlungsprogramm kann hier Möglichkeiten bieten. Die Arbeit des Kriminalpräventiven Rates
206 der Stadt Dresden soll verstärkt werden und in den Stadtbezirken für mehr Sicherheit sorgen.

207

208 Dresden hat ein Problem mit Alltagsrassismus und mit strukturellem Rassismus, dem die Stadt
209 entschieden entgegenwirken muss. Wir setzen uns dafür ein, gemeinsam mit den Dresdner
210 Verkehrsbetrieben Maßnahmen im öffentlichen Nahverkehr zu entwickeln, die das Sicherheitsgefühl
211 aller erhöhen. Unsere Mitgliedschaft in der "Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus" (ECCAR)
212 muss dazu genutzt werden, um neue Angebote zur Bekämpfung von Rassismus in allen öffentlichen
213 Einrichtungen und in der Stadtverwaltung zu schaffen sowie die Bürger*innen für das Problem zu
214 sensibilisieren. Es bedarf einer Evaluation der neu geschaffenen Antidiskriminierungsstelle im
215 Rathaus. Die vom Freistaat Sachsen finanzierten Opferberatungsangebote sind momentan aufgrund
216 der hohen Zahlen rassistischer Straftaten im Freistaat nicht ausreichend. Wir Dresdner GRÜNEN setzen
217 uns deshalb dafür ein, die Opferberatung auf Landesebene besser auszustatten. Oberste Aufgabe
218 dieser Institution soll dann die Weitervermittlung an spezifische Hilfegeber*innen, bspw. Anwält*innen
219 oder Rehabilitationseinrichtungen, sein.

220

221 **6. Es gibt kein Recht auf Hetze - den Rechten keine Bühne geben**

222 Bürger- und Dialogforen zu den Themen Migration und Integration wurden in der Vergangenheit
223 regelmäßig von rassistischen, antidemokratischen, neonazistischen Gruppen als Plattform genutzt, um
224 deren Ideologie sowie ausländerfeindliche Hetze zu verbreiten und unsere Demokratie in Frage zu
225 stellen. Oftmals gelingt es den Veranstalter*innen nicht, eine Ausschlussklausel gegen Vertreter*innen
226 menschenfeindlicher und antidemokratischer Positionen anzuwenden, rechte Wortergreifung zu
227 verhindern und das Hausrecht durchzusetzen. Die Diskussionen verlaufen teilweise manipulativ,
228 parteiisch oder werden unzureichend moderiert. Wir wollen denen zuhören, die sich für
229 zivilgesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen und deshalb angegriffen werden. Wir wollen denen
230 eine Stimme geben, die in Dresden rassistischen Anfeindungen ausgesetzt sind und verletzt werden. In
231 Dresden ist es an der Zeit, dass die engagierte Zivilgesellschaft das Wort ergreift und auch gehört wird.